

Ein Jahr Nixon : eine aussenpolitische Bilanz

Autor(en): **Fabius**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 9: **Marktwirtschaft heute**

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162351>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kommentare und Berichte

EIN JAHR NIXON: EINE AUSSENPOLITISCHE BILANZ

Das erste Jahr der Administration Nixon nähert sich seinem Ende – Zeit also, eine Bilanz zu ziehen über Erfolg und Mißerfolg der neuen Regierung, die am 20. Januar 1969 das Team Präsident Johnsons ablöste. Nixon hat sich in der Kampagne des vergangenen Jahres dem Wähler als Politiker und Staatsmann vorgestellt, der das wenig erfreuliche Erbe seines Vorgängers liquidieren werde; man wird seine Leistung deshalb vor allem daran messen müssen, in welchem Umfang ihm das bisher gelungen ist.

Hypothek Vietnamkrieg

Zentrales Problem der amerikanischen Aussenpolitik der sechziger Jahre war der Vietnamkrieg. *John F. Kennedy* ist seinerzeit das Engagement eingegangen, *Lyndon B. Johnson* hat es nach seiner Wahl im Herbst 1964 verstärkt und ist in den Strudel einer Eskalationspolitik geraten, aus der er sich nur unter Verzicht auf eine weitere Kandidatur im Jahre 1969 herausretten konnte. Dabei hat er in den letzten Wochen seiner Amtszeit bereits die Weichen gestellt, indem er die im Februar 1965 angeordnete Bombardierung strategischer Ziele in Nordvietnam einstellte, ohne die Zusicherung irgendwelcher Gegenleistungen der anderen Seite abzuwarten.

Nixon ist auf diesem Wege weitergegangen. Er hat den Beginn des amerikanischen *Truppenabzuges* befohlen, und die ersten Kontingente in der Stärke von einigen tausend Mann haben im Laufe dieses Sommers und Herbstes den südostasiatischen Kriegsschauplatz verlassen. In seiner

Rede vom 3. November hat der Präsident den vollständigen Abzug der amerikanischen Bodestreitkräfte in Aussicht gestellt, freilich ohne sich auf einen bestimmten Termin festzulegen. Gleichzeitig machte sich Nixon die Parole der «Vietnamisierung» des Krieges zu eigen. Die *De-Eskalation* wird also weitergehen, wenn auch das Tempo noch nicht feststeht, sondern den jeweiligen Umständen angepasst werden soll.

Unbeantwortete Signale

Der Kurs des amerikanischen Präsidenten in Vietnam ist damit klar umrissen als Versuch, sich auf eine einigermaßen verantwortbare Weise aus den in Vietnam übernommenen Engagements abzusetzen, ohne dabei das Gesicht zu verlieren und ohne dem Prestige der Vereinigten Staaten allzu grossen Schaden zuzufügen. Die *Praxis* hat jedoch gezeigt, dass diese Politik nicht ohne schwere Risiken verfolgt werden kann. Bei Hanoi und seinen Freunden hat der Wechsel der amerikanischen Politik bisher kein vernehmbares Echo gefunden. Die Signale, die Washington aussandte, sind bisher ohne Antwort geblieben; selbst der Appell des amerikanischen Präsidenten an *Ho Chi Minh* – kurz vor dessen Tode ergangen – ist auf taube Ohren gestossen. Nordvietnam beharrt auf seiner Forderung nach einem *totalen Sieg* und damit nach einer sichtbaren und unmißverständlichen Demütigung der Vereinigten Staaten – wobei es für den Aussenstehenden nicht klar ist, wie weit diese Politik Hanoi von seinen Freunden und Helfern suggeriert wird. Das Er-

gebnis dieser Intransigenz ist das völlige Festfahren der *Vietnamkonferenz in Paris*. Seit dem 10. Mai 1968 wird hier verhandelt, ohne daß auch nur der geringste Fortschritt erzielt worden wäre. Am 20. November hat der amerikanische Chefdelegierte *Cabot Lodge*, der Anfang dieses Jahres Averell Harriman ersetzt hatte, seine Demission erklärt und damit der Resignation und dem Pessimismus Ausdruck gegeben, welche die amerikanischen Unterhändler in Paris heute beherrschen. Man war von allem Anfang an darauf vorbereitet gewesen, dass die Gespräche hart und langwierig sein würden. Nachdem sie sich nun aber über mehr als achtzehn Monate hinziehen, und sich nicht die geringste Aussicht auf einige Fortschritte abzeichnet, nähert sich die Geduld selbst des Langmütigsten allmählich der Erschöpfung.

Problematische «Moratorium»-Bewegung

Für die Vereinigten Staaten kompliziert sich die Position noch dadurch, dass Vietnam für die USA nicht nur ein aussenpolitisches Problem ist. Der innere Druck auf die Regierung, in Vietnam Frieden zu schliessen, ist in den letzten Wochen wieder gewachsen. Er manifestierte sich vor allem in der «Moratorium»-Bewegung, die in zwei großen Kundgebungen im Oktober und November für eine rasche Beendigung des Krieges demonstrierte. Beide Veranstaltungen waren – im Gegensatz zu früheren ähnlicher Art – von Ernst und Würde gekennzeichnet. Von behördlicher Seite war alles vorgekehrt worden, um spektakuläre Konfrontationen mit Prügeleien und Straßenkämpfen zu vermeiden – Nixons Administration hat sich in dieser Hinsicht gewandter und flexibler gezeigt als die Regierung Johnson. Aber all der Idealismus und der gute Wille, von welchem diese «Moratorium»-Demonstrationen getragen waren, können über ihren problematischen und gefährlichen Charakter nicht hinwegtäuschen. Zweifellos bedeuten solche Kundgebungen eine Unterstüt-

zung des harten Kurses Hanois und seiner Freunde, die gelassen abwarten wollen, wie weit sich die Vereinigten Staaten in ihrem Entgegenkommen noch treiben lassen. Es gibt auch für Nixon einen kritischen Punkt, über den hinaus seine Konzessionsbereitschaft nicht gehen kann. Wenn an den «Moratoriums»-Tagen aus den Reihen der Demonstranten auch Stimmen laut geworden sind, die einen sofortigen und bedingungslosen Rückzug Amerikas verlangen, so darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine solche Forderung – bei aller Kriegsmüdigkeit und Vietnamüberdruß – in den USA nicht auf eine Unterstützung durch die öffentliche Meinung rechnen kann. Der Wunsch geht dahin, den Konflikt in einer für die Vereinigten Staaten annehmbaren und ehrenvollen Weise zu beenden, nicht aber durch eine Art bedingungsloser Kapitulation. Es könnte leicht der Augenblick kommen, da die «Moratorium»-Demonstrationen kontraproduktiv wirken und auch zu einer Verhärtung der amerikanischen Auffassungen führen werden. Der Test, wie weit sich Washington durch das Zusammenspiel von innerer und äußerer Pression zurückdrängen lässt, birgt seine Gefahren in sich.

Gespräche über Rüstungsbeschränkung

Wenn die Administration Nixon in Vietnam trotz zahlreichen Gesten und Absetzbewegungen bisher noch keinen sichtbaren Erfolg aufweisen kann, so hat sie wenigstens auf dem Feld der Abrüstung einen kleinen Fortschritt erreicht. Nach langem Zögern hat sich die Sowjetunion bereit erklärt, mit Vertretern der Vereinigten Staaten zu Gesprächen über eine *Begrenzung der Raketentrüstung* zusammenzutreffen. Die Unterhandlungen sind am 17. November in Helsinki aufgenommen worden. Wie üblich spielen sie sich hinter verschlossenen Türen ab, und was bisher aus den Delegationskreisen durchgesickert ist, deutet darauf hin, daß es sich – wie erwartet – um komplizierte Auseinandersetzungen

gen handeln wird, bei denen schon die Abgrenzung des Themenkreises und die Aufstellung der Tagesordnung Schwierigkeiten bereiten.

Immerhin ist schon die Tatsache, dass die UdSSR sich nach langem Hin und Her wenigstens zur Aufnahme von Kontakten bereit erklärt hat, bereits als Hinweis darauf zu werten, dass Moskau für das Zustandekommen einer für beide Seiten vertretbaren Rüstungseinschränkung zum mindesten Interesse zeigt. Auch die Sowjetunion trägt schwer an ihrer Monsterrüstung, und es scheint logisch zu sein, dass auch die Machthaber im Kreml das Wettrennen mit den Vereinigten Staaten, das beide Supermächte in eine sich ständig aufwärts drehende Spirale gebracht hat, nicht unbegrenzt weiter mitmachen können ohne Abstriche auf andern Gebieten.

Über eine gewisse Strecke laufen die Interessen Amerikas und Russlands zweifellos parallel. Beide suchen sich der dauernden Steigerung einer ins Uferlose gehenden Rüstung und der damit verbundenen finanziellen Belastungen zu entledigen. Die Verflechtung der Rüstung mit allgemeinen politischen Problemen lässt beiden Supermächten jedoch nur einen *begrenzten Spielraum*. Man hat zwar vorsorglicherweise in Helsinki alle politischen Fragen ausgeklammert und will sich auf das rein Technische beschränken. Das bedeutet, dass man schon im vornherein wenig Hoffnung darauf setzte, in den grundsätzlichen politischen Streitpunkten in absehbarer Zeit zu irgend einer tragbaren Lösung zu

gelangen. Aber auch die technischen Aspekte bieten so viele Schwierigkeiten, dass es schwer fällt, mit einem raschen Fortschreiten der Gespräche in Helsinki zu rechnen, sobald sie sich einmal aus dem Bereich des Formalen auf konkrete Maßnahmen der Rüstungsbeschränkung hin bewegen.

Nixon hat zwar auch diese Gespräche gut vorbereitet und sich vor allem gegenüber seinen Verbündeten abgesichert, bei denen direkte sowjetisch-amerikanische Kontakte normalerweise Befürchtungen über ein auf ihre Kosten gehendes globales Arrangement zwischen Moskau und Washington erwecken. Dieses Trauma ist zwar noch nicht verschwunden, aber es äusserte sich dieses Mal kaum. Das mag mit den geänderten weltpolitischen Verhältnissen zusammenhängen; es deutet aber gleichzeitig darauf hin, dass kaum jemand mit raschen konkreten Ergebnissen dieser SALT-Konferenz (Strategic Arms Limitation Talks) rechnet. Es ist deshalb fraglich, ob die Administration Nixon, unter der diese Gespräche aufgenommen worden sind, die Früchte eines eventuellen positiven Ausganges der Unterhandlungen über eine Rüstungsbeschränkung noch wird geniessen können. Dass sie aber überhaupt eingeleitet wurden, ist ein zuversichtlicher Aspekt des ersten Jahres der Präsidentschaft Nixons, das bisher nur wenige der Erwartungen erfüllt hat, die letztes Jahr im Wahlkampf von einer neuen Administration erhofft wurden.

Fabius

BERICHT AUS SÜDAFRIKA

Vor Jahresfrist veröffentlichte der amerikanische Schriftsteller Alan Drury ein Buch – halb Roman, halb Tatsachenbericht –, das auf Beobachtungen des Verfassers in Südafrika beruht. Es erschien unter dem Titel «A Very Strange Society» – Eine sehr sonderbare Gesellschaft¹. Zwar liessen sich

heute eine ganze Reihe von Nationen mit dem Adjektiv «sonderbar» charakterisieren, nicht zuletzt auch die Vereinigten Staaten selbst. Meines Erachtens trifft dies aber vielleicht doch in erster Linie auf Südafrika zu. Denn hier wickelt sich ein völlig neuartiger Prozess im Aufbau einer Nation